

Die Nation: Ein Deutungsansatz

Jedermann fühlt sich heute, überall in der Welt, einer Nation zugehörig. Die nationale Zuordnung und Identität wird als etwas ganz Natürliches angesehen. Niemand will auf sie verzichten, mit Geburtsurkunde und Pass wird sie dokumentiert. Man ist Deutscher, Franzose, Brite, Japaner, Chilene oder Ghanaer. Die Nation, die in der Regel in einem von ihr gestalteten Nationalstaat lebt, stattet das Individuum mit Bürgerrechten, einer Staatsangehörigkeit und einem Schutzversprechen aus - oder erhebt doch zumindest den Anspruch, alles dies zu tun.

Individuum und Nation

Für das Individuum bedeutet die Zugehörigkeit zu einer Nation die feste Einbindung in eine soziale Großgruppe. Sie stellt ihm Solidarität und Unterstützung in Aussicht, soziale Absicherung im Notfall, ein besseres Leben, Glück. Aber das hat seinen Preis. Als Gegenleistung erwartet die Nation vom Einzelnen ein hohes Maß an Loyalität und die Bereitschaft, die Nation in der Stunde der Gefahr zu verteidigen, notfalls unter Einsatz des eigenen Lebens.

Angesichts dieser engen, auf wechselseitige Abhängigkeit gegründeten Beziehung zwischen dem Individuum und dem großen Kollektiv der Nation hat der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer einmal sehr scharfsinnig von der Nation als »Schicksalsgemeinschaft« gesprochen. »Schicksalsgemeinschaft«, so führte Bauer 1907 in seiner viel beachteten Schrift über die nationale Frage in der Habsburgermonarchie aus, »bedeutet nicht Unterwerfung unter gleiches Schicksal, sondern gemeinsames Erleben desselben Schicksals in stetem Verkehr, fortwährender Wechselwirkung miteinander.« Denn: »Nur das gemeinsame Erleben und Erleiden des Schicksals, die Schicksalsgemeinschaft, erzeugt die Nation.«

Bauers Auffassung, formuliert in der Abenddämmerung der vom Nationalitätenstreit geschüttelten Monarchie, wird noch heute weitgehend akzeptiert. Die Nation und der von ihr getragene Nationalstaat bilden für das Individuum, unabhängig von seiner Herkunft, Rasse oder Sprache, die Lebensgrundlage und den Rahmen für seine politischen, sozialen und kulturellen Aktivitäten, zumindest in der Theorie.

Aber darüber hinaus leistet die Nation noch mehr. Seit dem späten 18. Jahrhundert liefert die Nation als eine vorgestellte Solidargemeinschaft von Menschen, die mit bestimmten Eigenschaften und Merkmalen ausgestattet ist, das Band oder den Kitt, der Gesellschaften und Staaten zusammenhält, ihnen Stabilität verleiht und ihre Angehörigen bzw. Bürger zu gemeinsamem Handeln veranlassen und verpflichten kann. Es wird behauptet, und die Geschichte seit der Französischen Revolution scheint dies auch zu belegen, dass nur der Staat Bestand hat, der sich auf eine mehr oder weniger solidarische Nation zu stützen vermag. Nur der »Nationalstaat« kann demnach auf die integrierende Kraft der Nation vertrauen. Sie garantiert ihm auch, gerade in Krisenzeiten, den notwendigen Zusammenhalt.

Der multinationale Staat

Dem multinationalen Staat fehlt hingegen die innere Geschlossenheit des Nationalstaats. Er scheint nicht in der Lage zu sein, die Loyalität mehrerer in ihm lebender Nationen zu gewinnen und dauerhaft zu binden. Der multinationale Staat wird vielmehr über kurz oder lang zum Schauplatz miteinander konkurrierender und sich oft gegenseitig ausschließender nationaler Interessen, ja häufig sogar von bitteren Konflikten zwischen den in ihm lebenden Natio-

nen. Der multinationale Staat, so sagen die Nationalisten, ist auf Dauer nicht lebensfähig. Die Habsburgermonarchie ist als Folge der sie nachhaltig schwächenden Nationalitätenkonflikte zerfallen, ebenso jüngst die Sowjetunion und Jugoslawien oder auch die Tschechoslowakei. Nur die Schweiz scheint sich diesem Schicksal offenbar entziehen zu können.

Nation - Eine moderne Erfindung

Die Nation ist seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert nicht nur eine zentrale Kategorie des politischen Denkens und Handelns, sondern auch der politischen Wirklichkeit. Selbst noch am Ausgang des 20. Jahrhunderts sind die Vorstellungen und Erwartungen, die sich mit der Nation verbinden, von großer geschichtlicher Wirkungsmächtigkeit. Die Entwicklungen in Ostmittel- und Südosteuropa, in der früheren Sowjetunion und anderswo seit den Achtzigerjahren machen das hinreichend deutlich.

Aber auch in Westeuropa und in Nordamerika, wo das Denken in nationalen Begriffen seit 1945 unübersehbar an Bedeutung verloren hat, haben nationale Symbole wie Fahnen, Nationalhymnen oder Nationalfeiertage im Grunde nichts von ihrer Integrationskraft und ihrem emotionalen Stellenwert für den Einzelnen eingebüßt. In unserem Bewusstsein ist die »Nation« fest verankert - und dabei wird allzu oft übersehen, dass sie keine zeitlose Konstante in der Geschichte der Menschheit ist und mithin auch kein Raster darstellt, das die Menschen seit jeher in große übersichtliche Gruppen einteilt. Die Nation als Solidarverband gibt es nicht »seit Urzeiten«, wie dies vor allem von den Protagonisten nationalen Denkens überall behauptet wird. Das Gegenteil ist der Fall. Die Nation ist eine moderne Erfindung. Sie ist gerade einmal zweihundert Jahre alt.

Die Geburt der Nation

Frankreich ist das Geburtsland der modernen Nation, und die jungen Vereinigten Staaten von Amerika haben bei der Geburt tatkräftig mitgeholfen. In beiden Ländern ging die Nation aus einer Revolution hervor: in Nordamerika 1776 aus dem Unabhängigkeitskampf gegen die britische Kolonialmacht und in Frankreich 1789 aus der Großen Revolution gegen die alte Ständeordnung und Königsherrschaft. In beiden Ländern war die Nation im ausgehenden 18. Jahrhundert Ausdruck und Instrument für eine politische Mobilisierung der Menschen, die sich in der Revolution erstmals als eine Gemeinschaft mündiger und gleicher Staatsbürger begriffen. Diese Gemeinschaft (die »Nation«) nahm für sich das Recht in Anspruch, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen und durch ihre gewählten Organe die höchste Souveränität auszuüben.

In der »atlantischen Doppelrevolution« haben sich also die Bewohner der britischen Kolonien in Nordamerika und der Provinzen des Königs von Frankreich gegen alle regionalen, sozialen und konfessionellen Sonderungen zu einem Staatsvolk zusammengeschlossen, und zwar auf einer neuen Grundlage.

Alle diese Unterschiede sollte die Nation als die neue zentrale Lebensgemeinschaft nicht einebnen, aber doch überwölben und in ihrem trennenden Charakter letztlich überwinden. Auf die Frage, was denn nun eine Nation im Verständnis der französischen Revolutionäre sei, antwortete einer ihrer führenden Köpfe, der Abbé Sieyès, 1789: »Eine Gesellschaft, welche unter einem gemeinschaftlichen Gesetz lebt und durch ein und dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten wird. Ist es nicht eine Tatsache, dass der Adelsstand Vorrechte und Privilegien genießt, welche er seine Rechte zu nennen er sich erdreistet und welche von den Rech-

ten des großen Ganzen der Bürger abgesondert sind? Er tritt dadurch aus der gemeinsamen Ordnung und dem gemeinschaftlichen Gesetz heraus.«

Kampfbegriff der Revolutionäre

Die politische und soziale Gemeinschaft rechtsgleicher Bürger wollte fortan autonom über sich selbst bestimmen, Subjekt, nicht länger Objekt des politischen Willens sein. »Nation« war der Kampfbegriff, den die Revolutionäre der alten, ständisch gegliederten Gesellschaft entgegenhielten. Der traditionellen Legitimierung von absoluter monarchischer Herrschaft war damit der Boden entzogen worden. Im revolutionären Verständnis repräsentierte die Nation die Gemeinschaft aller politisch bewussten Staatsbürger, die von nun an in letzter Instanz Herrschaftsausübung legitimierte. Allein der Wille der Nation war die Quelle von politischer Macht. Unter der Führung des aufstrebenden französischen Bürgertums, des »dritten Stands«, beanspruchte die Nation die Macht im Staate. In der klassischen Formulierung des Abbé Sieyès: »Der dritte Stand umfasst alles, was zur Nation gehört. Und alles, was nicht der dritte Stand ist, kann sich nicht als ein Bestandteil der Nation betrachten. Was ist der dritte Stand? Alles!«

Die revolutionäre Bewegung in Frankreich mit ihrem freiheitlichen und umfassenden Nationsbegriff richtete sich folglich zunächst gegen die politischen Gegner im Innern, in erster Linie gegen die alte Führungsschicht des Adels und Klerus. Die Angehörigen der beiden bislang privilegierten Stände wurden, soweit sie sich nicht dem revolutionären Bürgertum anschlossen, als nicht zur Nation gehörig betrachtet. In dem Maße aber, in dem die monarchisch verfassten Regierungen Europas die Souveränität der französischen Nation und die Legitimität der neuen Staatsordnung in Frankreich bestritten, wandte sich die französische Nation auch gegen sie. Der Ausbruch des Kriegs zwischen Frankreich und den kontinentalen Monarchien 1792 beflügelte die Revolutionäre in dem Gedanken, es gelte den anderen Völkern Europas, die in der Revolution errungenen Freiheiten zu bringen. Die französische Nation, die 'Grande Nation', hatte ein Sendungsbewußtsein.

Demokratisierung des Nationsbegriffs

Wenn seit den Revolutionen in Nordamerika und Frankreich die Nation in das Zentrum des politischen Denkens und Handelns rückte, dann meinte der Begriff jedoch nicht mehr dasselbe wie in den Jahrhunderten zuvor. Sein Inhalt hatte sich in entscheidender Weise verändert. Man muss also zwischen einem mittelalterlichen und einem modernen Nationsbegriff unterscheiden. Für den nachrevolutionären Menschen war die Nation zur allein verbindlichen Sinngebungs- und Rechtfertigungsinstanz geworden. In ihr ruhte die Volkssouveränität.

Die mittelalterliche Nation (von lateinisch nasci »geboren werden«) war hingegen in ihrer Bedeutung wesentlich eingeschränkter. Der Begriff natio bezog sich auf Menschen gemeinsamer Abstammung oder gemeinsamer Herkunft. Er bezog sich auf Siedlungsgebiete, auf Landschaften und ihre Bewohner oder aber auf klar umgrenzte politische Gruppen. So meinte Nation im alten Heiligen Römischen Reich deutscher Nation ausschließlich den Hochadel, also die führende Schicht in diesem übernationalen Staatsverband. An ihn wandte sich Martin Luther 1520 mit seiner Schrift »An den christlichen Adel deutscher Nation«. Als das Reich 1711 mit der »ungarischen Nation« einen Frieden schloss, bedeutete Nation »die Barone, Prälaten und Adligen Ungarns«. Die sozial und politisch privilegierten Schichten in Ungarn oder auch Polen waren die Adelsnation.

Vom Mittelalter bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts meinte also Nation im politischen Kontext nicht die Gesamtheit des Volks, sondern lediglich die herrschende, politisch repräsentierte Schicht. Trotzdem: Die moderne Nation hat eine weit zurückreichende Vorgeschichte. Der Begriff, der ursprünglich eine exklusive Gruppe in der Gesellschaft bezeichnete, wurde im ausgehenden 18. Jahrhundert »demokratisiert«. Gleichzeitig wurde der Nation im politischen Koordinatensystem ein neuer Stellenwert zugeschrieben.

Eine Nation - Ein Staat

In Frankreich trat die moderne Nation durch einen revolutionären Akt ins Leben. Aber sie konnte einen monarchischen Staat beerben, der über Jahrhunderte gewachsen und in zahllosen Kriegen nach innen und außen gefestigt worden war. Seine Existenzberechtigung wurde von niemandem mehr bestritten; er verfügte über gesicherte Grenzen. Für ihre weitere politische und soziale Entwicklung fand die moderne französische Nation also einen Rahmen vor. In den meisten anderen Teilen Europas war das ganz anders.

Der Übergang vom historisch gewachsenen dynastischen Staat zum modernen Nationalstaat unterlag ganz anderen Entwicklungsbedingungen in den Gebieten, in denen Staat und Nation aus unterschiedlichen Gründen nicht zusammenfielen, etwa in Italien oder in Deutschland, und erst recht in den Vielvölkerreichen der Habsburger, der Romanows und der Osmanen. Eine Nation, ein Staat: Diese Forderung wurde in Europa im Großen und Ganzen im Laufe eines Jahrhunderts durchgesetzt.

Dieses Prinzip, Grundlage aller nationalen Bewegungen seit dem 19. Jahrhundert, hat die politische Landkarte des Kontinents völlig verändert. Die europäischen Völker von den Griechen bis zu den Polen und Tschechen haben dem Vorgang ihrer Nationwerdung und Staatsgründung auch ähnliche Namen gegeben. Sie sprachen von nationaler Erhebung, nationalem Erwachen oder nationaler Wiedergeburt. Die Italiener nannten ihre Nation- und Staatswerdung *risorgimento* (Wiederauferstehung) in Anlehnung an die Zeitschrift »Il Risorgimento«, die ab 1847 in Turin erschien.

Eine Nation - Eine Sprache

Das »nationale Erwachen« der europäischen Völker seit dem frühen 19. Jahrhundert war ein kollektiver Vorgang, in dem die »Erwecker« eine maßgebliche Rolle spielten. Jede Nation hat später die Taten und Verdienste der Philologen, Dichter, Historiker und Politiker, die den Anspruch der erwachenden Nation auf Eigenständigkeit und Selbstbestimmung begründeten und in den meisten Fällen auch durchzusetzen vermochten, nach Kräften gerühmt. Der deutsche Philosoph Friedrich Schleiermacher bezeichnete die »Gründer und Wiederhersteller von Staaten« als die »großen Männer«, die geschichtsmächtigen historischen Individuen. Zu den »Erweckern« zählte die deutsche Nationalbewegung die Philosophen Johann Gottfried Herder und Johann Gottlieb Fichte, den »Turnvater« Friedrich Ludwig Jahn und den Publizisten Ernst Moritz Arndt. Die Griechen rühmen den Dichter Rigas Velestinlis und den großen Philologen Adamantios Korais, die Iren unter andern den »Befreier« und Volkstribunen Daniel O'Connell und die Polen den Dichter Adam Mickiewicz.

Die »Erwecker« gingen davon aus, dass sich die Nation vor allem in der Sprache manifestiere und sprachliche Uniformität für den Nationalstaat unverzichtbar sei. Im Nationalstaat müsse eine Nationalsprache gesprochen werden, denn die Nation sei auch eine Sprachgemeinschaft. »So weit die deutsche Zunge klingt«, wollte Ernst Moritz Arndt 1813 das »ganze

Deutschland« geeint wissen. Die Sprachgrenzen seien die natürlichen Grenzen eines nationalen Staats. Damit erfuhr das Kriterium der Sprache eine enorme Aufwertung. Sie wurde Gegenstand vielfältiger wissenschaftlicher und literarischer Bemühungen. Die Sprache vor allem galt den Protagonisten des nationalen Gedankens als das äußere, sichtbare Merkmal, das ein Volk zur Nation macht, eine Nation von anderen Nationen unterscheidet und das Anrecht der Nation auf den eigenen Staat begründet.

»Jede Nation ein Staat«

Für die nationalen Bewegungen in Europa und später auch in anderen Teilen der Welt wurde mithin der Nationalstaat zum ausschließlichen, allein legitimierten Ordnungsprinzip der Staatenwelt. Im Sinne des einflussreichen italienischen Nationalisten Giuseppe Mazzini war es unerträglich, wenn Nation und Staat nicht identisch sein konnten. Die politische Trennung von Völkern, die sich als kulturelle und sprachliche Einheit begriffen, empfand Mazzini als Zwangsordnung. Ein Europa der Nationalstaaten sollte an die Stelle der multinationalen Staaten treten, denen als »Völkergefängnissen« von den Nationalbewegungen jede Berechtigung für ihr Fortbestehen abgesprochen wurde. Der liberale, in Heidelberg lehrende Schweizer Staatsrechtslehrer Johann Caspar Bluntschli schrieb 1870 kurz und bündig: »Jede Nation ist berufen und daher berechtigt, einen Staat zu bilden ... Wie die Menschheit in eine Anzahl von Nationen geteilt ist, so soll die Welt in ebenso viele Staaten zerlegt werden. Jede Nation ein Staat. Jeder Staat ein nationales Wesen.«

Der seit dem frühen 19. Jahrhundert erhobene Anspruch jeder Nation auf den eigenen Staat wurde nicht mehr infrage gestellt. Er stand hinter der Agitation aller Nationalbewegungen und auch hinter dem Prozess der Entkolonisierung, der nach dem Zweiten Weltkrieg zur Auflösung der großen europäischen Kolonialreiche führte, und er wird von den Vereinten Nationen bis heute nachdrücklich unterstützt.

Ein simpler Maßstab, nämlich die Zahl der formell unabhängigen Staaten in der Welt, vermag die politischen Auswirkungen des Nationalstaatsprinzips in der Realität eindrucksvoll zu demonstrieren. Die Gesamtzahl der souveränen Staaten lag zwischen 1870 und 1914 mit geringen Schwankungen bei fünfzig, davon sechzehn Staaten in Europa.

Am Ende des Ersten Weltkriegs wuchs die Staatengesellschaft um zehn. Der Genfer Völkerbund zählte 1920 bei seiner Gründung 42 Mitglieder. Seine Nachfolgeorganisation, die Vereinten Nationen, hatte bei ihrer Gründung im Jahre 1945 51 Mitglieder. 1960 gehörten ihr aber bereits 82 und 1984 161 Mitglieder an. Im Jahre 2004 war die Mitgliederzahl der Vereinten Nationen schließlich auf 191 Staaten gestiegen. In Europa zählte man im gleichen Jahr 46 Staaten - so viele wie nie zuvor in der langen Geschichte des Kontinents.

Nation und Nationalbewusstsein

Jede Nation ist in ihrer Existenz davon abhängig, dass ihre Angehörigen das Bewusstsein haben, an einer politischen und sozialen Gemeinschaft teilzuhaben, die entweder über einen Nationalstaat verfügt oder einen solchen bilden will. Nationalbewusstsein wird durch Erziehung im weitesten Sinne vermittelt. Dabei wird meist das hervorgehoben, was die Angehörigen der Nation angeblich gemeinsam haben: Sprache, Kultur, Religion, politische Ideale, Staatsform, Geschichte. Nationalbewusstsein bzw. eine nationale Identität wird aber auch gern durch Abgrenzung von den anderen Nationen oder durch Vergleiche mit ihnen definiert. In der Auseinandersetzung mit dem Fremden - der anderen Sprache oder Religion, den anderen Sitten und Lebensformen, dem anderen politischen System - wird sich eine soziale Grup-

pe, eine »Schicksalsgemeinschaft«, ihrer eigenen engen Beziehungen bewusst und ihrer Gemeinsamkeiten, aufgrund derer sie leichter miteinander kommunizieren können als mit den »Anderen«, den »Fremden«. Man kann den Sachverhalt zugespitzt ausdrücken: Eine Nation braucht Feinde, weil das offenbar die Suche nach der eigenen Identität erleichtert.

Fremdherrschaft als Geburtshelfer

Vor allem bei den Nationen, die ihren Nationalstaat noch erkämpfen müssen, richtet sich das Nationalbewusstsein zumindest zeitweilig gegen einen vermeintlichen Feind, der ihrem Verlangen nach Selbstbestimmung oder ihrer internen Integration im Wege steht. Ein maßgeblicher Auslöser für das politische Nationalbewusstsein der Deutschen im frühen 19. Jahrhundert war beispielsweise die Okkupation Mitteleuropas durch Napoleon I., die von vielen als Fremdherrschaft und Unterdrückung empfunden wurde. Die Jahre zwischen 1806 und 1813 wurden in Deutschland zur Geburtsstunde der nationalen Bewegung. Die Schriften und Reden eines Ernst Moritz Arndt oder Friedrich Ludwig Jahn bieten anschauliche Beispiele für den überbordenden Franzosenhass in dieser Zeit, aber auch für Antisemitismus, also die Wendung gegen den angeblichen Feind in den eigenen Reihen, die Juden. Jahn predigte einen »heiligen Kreuzzug« gegen »Franzosen, Junker, Pfaffen und Juden« und gab die törichte Devise aus: »Hass alles Fremden ist des Deutschen Pflicht.«

Zum antifranzösischen Element im Nationalbewusstsein der Deutschen gesellte sich seit den Vierzigerjahren des 19. Jahrhunderts ein antidänisches, das sich aus dem deutsch-dänischen Konflikt um Schleswig und Holstein speiste. Um 1900 verkörperte dann schließlich die Weltmacht Großbritannien die Nation, die den weltweiten Interessen der deutschen Nation, so behauptete man, entgegentrat und folglich den Hass jedes rechten Deutschen verdiente. Hier zeigte sich die Nation unverhüllt von ihrer aggressiven, gewaltbereiten und intoleranten Seite.

Für viele der neuen Staaten, die in Asien und Afrika im Zuge der Entkolonisierung entstanden, wurde in ähnlicher Weise der Kampf gegen den Imperialismus der europäischen Kolonialmächte der Ausgangspunkt für ein Nationalbewusstsein, das dort in den meisten Fällen überhaupt erst noch geschaffen werden musste. Die »Befreiungskriege« gegen die weißen Kolonialherren und ihre Kollaborateure in den Kolonien vermittelten den kolonisierten Völkern über alle internen Unterschiede und Trennungslinien hinweg vielfach zum ersten Mal die Erfahrung, ein gemeinsames politisches Schicksal zu haben. Sie begründete den Willen, nach dem Ende der Kolonialherrschaft die Zukunft als Nation gemeinsam zu gestalten.

Nationsbildung ...

Mit dem Nationalbewusstsein hängt natürlich der schwer zu fassende Vorgang der Nationsbildung zusammen. Er stellt sich in der Regel als ein überaus langwieriger sozialer und politischer Integrationsprozess dar. Er kann zu keinem Zeitpunkt, auch nicht nach der Gründung des eigenen unabhängigen Staats, als abgeschlossen betrachtet werden. Ziel des Nationsbildungsprozesses ist die Integration und die größtmögliche Homogenität sozial, regional oder sogar politisch-staatlich voneinander getrennter Teile eines »Volkes«. Die Triebkräfte hinter der Nationsbildung sind unterschiedlich und abhängig vom politischen Umfeld. Der Nationalismus als Ideologie und politische Bewegung hat an der Bildung der Nation erwartungsgemäß einen maßgeblichen Anteil. Als entscheidend für das Gelingen des Vorgangs wird man in jedem Fall die Entstehung eines Bewusstseins beim Individuum und Kollektiv ansehen müssen, das einer sozialen Gruppe besondere Eigenschaften, Fähigkeiten, Merkmale und Aufgaben zuschreibt.

... innerhalb bestehender Grenzen

Förderer eines Nationalbewusstseins kann auch der auf Zentralisierung, Vereinheitlichung und Effizienz bedachte vornationale Staat sein. Die Nationsbildung vollzieht sich dann in Grenzen, die mit denen des bestehenden Staats identisch sind. Dies war zum Beispiel in Frankreich, Großbritannien, Portugal oder Schweden bereits früh der Fall. Dort ging der Prozess der Staatsbildung mit dem der Nationsbildung zum Teil Hand in Hand, zum Teil war erster letzterem vorgeordnet. Zwang und Gewalt spielten eine nicht zu übersehende Rolle. Zur Nation wurde letzten Endes die Bevölkerung, die innerhalb der Grenzen des Staats lebte, in dem der König von Frankreich, der König von England/Großbritannien oder der König von Schweden der Souverän war. Die angeblich so homogene französische Nation zum Beispiel umschließt Bevölkerungsgruppen verschiedener Herkunft, Kultur und Sprache.

Das Entstehen von Regionalismus seit den Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts macht diesen Tatbestand wieder bewusst. Die Nation wurde also in Frankreich und anderswo sozusagen von oben geschaffen und nicht nur durch einen revolutionären Akt. Im Falle Frankreichs ist das weitgehend gelungen, obwohl der Regionalismus als Indiz dafür gewertet werden kann, dass die französische Nation heute von Desintegration bedroht ist. Der Vorgang der Nationsbildung schließt also Rückschläge grundsätzlich nicht aus. Er kann auch auf halbem Wege stecken bleiben. So vermochten dynastisch verklammerte Großreiche wie die Habsburgermonarchie und bis zu einem gewissen Grade auch das russische Zarenreich nur ein gesamtstaatliches Nationalbewusstsein zu entwickeln, das sich auf eine schmale Schicht der Gesellschaft beschränkte.

... außerhalb bestehender Grenzen

Im Europa des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sind die Beispiele häufiger, in denen die Nationsbildung noch vor der Gewinnung des Nationalstaats einsetzte. In diesen Fällen hatte die Nation noch keine territoriale Wirklichkeit. Die Nationsbildung ignorierte vielmehr bestehende Staatsgrenzen, ließ sie hinfällig werden und führte letztlich zur Bildung eines neuen Staats mit neuen Grenzen. Grundlage für die Nationsbildung waren dabei in der Regel sprachlich-kulturelle Gemeinsamkeiten, die nun besonders betont wurden. Das angestrebte Ziel war die Zusammenfassung der Kulturnation in einem Staat. Beispiele für Fälle, in denen dies aufgrund günstiger politischer Umstände, aber auch als Folge kriegerischer Auseinandersetzungen oder blutiger Aufstände gelang, sind die nationalen Einigungsbewegungen der Griechen, Italiener, Deutschen, Iren oder Polen. Gewalt war also auch hier stets im Spiel.

Zudem mag mit Fug und Recht bezweifelt werden, ob die Nationsbildung in den genannten Fällen schon im Moment der Nationalstaatsgründung abgeschlossen war. Nach der glückten Gründung des italienischen Nationalstaats 1861 soll der frühere Ministerpräsident von Piemont-Sardinien, Massimo d'Azeglio, vor allem mit Blick auf den Nord-Süd-Gegensatz innerhalb Italiens bemerkt haben: »Wir haben Italien geschaffen, nun müssen wir Italiener schaffen.«

Die Nation - Ein verblassender Mythos

Als sozialer Kitt für den Zusammenhalt einer Gesellschaft und als Fokus für individuelle politische Loyalitäten scheint die Nation immer noch unentbehrlich zu sein. Aber heute wird deutlicher denn je gesehen, dass die Nation keine von Gott gegebene Einheit ist und sich ihre

Ursprünge nicht im Dunkel der Geschichte verlieren. Nationen sind nicht die Bausteine, aus denen sich die Menschheit seit Urzeiten zusammensetzt. Die Nation ist vielmehr ein von Menschen geschaffenes Gebilde. Der amerikanische Politologe Benedict Anderson hat sie einmal zu Recht eine »vorgestellte politische Gemeinschaft« genannt. Ihre Geschichte reicht allenfalls bis zur Französischen Revolution zurück, auch wenn die Protagonisten des nationalen Gedankens im 19. und frühen 20. Jahrhundert das nicht wahrhaben wollten.

Beginn der nationalen Geschichtsschreibung

In Darstellungen, die es mit dem Wahrheitsgehalt historischer Legenden oft nicht so genau nahmen, machten die Historiker ab dem 19. Jahrhundert alles das lebendig, was einer Nation genannten sozialen Gruppe an staatlicher Tradition angeblich aus der Vergangenheit zur Verfügung stand. Es begann damals die Blütezeit der Nationalgeschichten. Staatliche Gebilde wie die polis Athen und das Byzantinische Reich bei den Griechen, das Imperium Romanum bei den Italienern oder das Reich der mittelalterlichen Kaiser bei den Deutschen wurden zu Vorläufern des zu schaffenden Nationalstaats umgedeutet, oft in höchst willkürlicher Weise. Ebenso wurde die Abstammung des jeweiligen »Volks« von berühmten, staatlich organisierten Völkern der Antike wie den Griechen und Römern, aber auch den Kelten, Thrakern oder Germanen behauptet. Das alles geschah, um eine möglichst lange und ruhmreiche nationale Geschichte zu konstruieren, aus der die Nation gewissermaßen das Recht auf Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit herleitete.

Rasse und Religion

Dass alle diese Bemühungen mehr der Mythenbildung denn der historischen Wahrheitsfindung zuzuordnen waren, hat der französische Religionswissenschaftler Ernest Renan schon früh erkannt. In einem Vortrag, den er 1882 in Paris hielt, wies er nüchtern nach, dass alle behaupteten Merkmale und tiefen historischen Wurzeln der Nation Fiktionen sind. Mit »Rasse« und »gemeinsamer Abstammung« habe die Nation nichts zu tun, denn alle modernen Nationen seien im Grunde ein ethnisches Gemisch. Eine Politik, welche die Einheit der Nation mit rassistischen Argumenten beweisen wolle, gründe auf einer Chimäre.

Eine Nation sei auch nicht identisch mit der Sprache - wie wäre sonst die Trennung der Vereinigten Staaten von Großbritannien, Lateinamerikas von Spanien zu erklären, wie andererseits der Zusammenhalt der Schweiz? Auch die Religion taue nicht viel als integrierende Grundlage einer modernen Nation, denn staatliche und religiöse bzw. konfessionelle Grenzen fallen nur selten zusammen. Und die Geografie? Für Renan ist es eine gefährliche Theorie, die Nation in ihren vermeintlich »natürlichen Grenzen« errichten zu wollen. Die Geschichte zeige, dass die Lebensräume der meisten modernen Nationen nicht stabil waren und sind.

Eine Nation, so forderte Renan, solle sich von solchen mythischen Vorstellungen frei machen und anerkennen, dass sie besser als politischer Zweckverband von Menschen zu verstehen ist, der mehr oder weniger durch die Umstände bedingt zustande gekommen sei. Seine Schlussfolgerung: »Eine Nation ist eine Seele, ein geistiges Prinzip. Zwei Dinge, die in Wahrheit nur eins sind, machen diese Seele, dieses geistige Prinzip aus. Eines davon gehört der Vergangenheit an, das andere der Gegenwart. Das eine ist der gemeinsame Besitz eines reichen Erbes an Erinnerungen, das andere ist das gegenwärtige Einvernehmen, der Wunsch zusammenzuleben ... Eine Nation ist also eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch zu bringen gewillt ist.

Sie setzt eine Vergangenheit voraus, aber trotzdem fasst sie sich in der Gegenwart in einem greifbaren Faktum zusammen: der Übereinkunft, dem deutlich ausgesprochenen Wunsch, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Das Dasein einer Nation ist ... ein täglicher Plebiszit.«

Die Frage der Loyalität

Bis heute hat Ernest Renans Definition der Nation ihre Gültigkeit behalten: Nationen sind Gemeinschaften, die so lange existieren, wie sie in den Köpfen und Herzen der Menschen sind und von ihnen gewollt werden. Nationen beruhen auf Nationalbewusstsein, auf gemeinsamen Erinnerungen, auf gemeinsamen Wertvorstellungen und auch auf dem Umstand, dass eine gemeinsame Sprache die Kommunikation zwischen den Angehörigen der Nation möglich macht.

Renans Definition deutet auch an, dass eine Nation erlöschen kann, wenn sie nicht mehr gedacht und gewollt wird. Wenn sich das nationale Bewusstsein abschwächt, lockert sich auch das Band, das die Nation zusammenhält. Das muss nicht unbedingt negativ gewertet werden. Denn wenn das Nationalbewusstsein des Einzelnen schwächer wird, entsteht Raum für andere Loyalitäten. Der Nation wird dann nicht mehr die höchste und ausschließliche Loyalität zugebilligt. Die Loyalität der Nation gegenüber muss nun mit anderen Loyalitäten konkurrieren, sie wird relativiert.

Hat die Nation eine Zukunft?

In Europa wird diese Relativierung begrüßt. Dort besitzt die Nation seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs längst nicht mehr den höchsten Stellenwert auf der Skala der politischen Emotionen und Loyalitäten. Niemand gehört nur einer Gruppe an, der allein er oder sie sich verpflichtet fühlt. Von der Familie, der Gemeinde, der Stadt, der Landschaft bis hin zur Kirche und Nation gibt es viele Gruppen, denen ein Individuum gleichzeitig angehören kann. Sie alle fordern von ihm Loyalität. Wer sagt ihm, dass allein der Nation seine bedingungslose Loyalität gelten muss? Welche Gründe werden dafür ins Feld geführt? Hat die Geschichte nicht zur Genüge gezeigt, dass die Vergötterung der Nation furchtbare Konsequenzen hat? Es ist sicher angebracht, nach den nationalistischen Exzessen seit dem frühen 19. Jahrhundert und den Verbrechen, die im Namen der Nation begangen wurden und werden, der Nation und ihren Ansprüchen nüchtern, ja skeptisch gegenüberzutreten. Die integrierende Kraft der Nation in Vergangenheit und Gegenwart kann allerdings nicht geleugnet werden. Mit ihr ist deshalb auch in der Zukunft zu rechnen.

Europa - Nation im Werden?

Aber ebenso gewiss ist, dass die Nation zumindest in Europa den Zenit ihrer politischen Faszination überschritten hat. Angesichts der Bemühungen um eine europäische Einigung wird und kann ihr nicht mehr die gleiche zentrale Funktion als Sinngebungsinstanz zugebilligt werden wie noch im 19. und frühen 20. Jahrhundert.

Als Bezugsrahmen für individuelle Loyalität und kollektive Identität treten die Nation und die Kategorien des Nationalen in Europa zunehmend in den Hintergrund. Wen bewegt heute noch das Fehlen oder die Künstlichkeit eines kräftigen Nationalbewusstseins, gar »die Größe« der Nation? Damit einher geht eine schrittweise Lösung des Problems nationaler Minderheiten, das die Geschichte Europas seit dem frühen 19. Jahrhundert so außerordentlich belastet und nicht zuletzt zu zahlreichen Konflikten, zu Vertreibungen und Kriegen geführt hat. Die Abschwächung nationalen Denkens macht nun einvernehmliche Regelungen zum Schutz von

Minderheiten möglich. Sie werden nicht länger als störende Fremdkörper in der Nation gesehen, sondern als gleichberechtigte Mitbürger.

Der Europarat verabschiedete im Oktober 1993 die »Wiener Erklärung«, die den Wandel im Denken zum Ausdruck bringt. In der Erklärung heißt es: »Die durch die Umwälzungen der Geschichte in Europa entstandenen nationalen Minderheiten müssen geschützt und geachtet werden, um dadurch zu Frieden und Stabilität beizutragen. In dem Europa, das wir bauen möchten, müssen wir auf die folgende Herausforderung eine Antwort finden: Sicherung des Schutzes der Rechte der Angehörigen nationaler Minderheiten im Rahmen eines Rechtsstaates unter Beachtung der territorialen Integrität und der nationalen Souveränität der Staaten ... Die Schaffung eines Klimas der Toleranz und des Dialoges ist für die Beteiligung aller am politischen Leben notwendig ... Mit ihren Aktionen müssen die Staaten die Achtung der Grundsätze, die für unsere gemeinsame europäische Tradition notwendig sind, sicherstellen: Gleichheit vor dem Gesetz, Nichtdiskriminierung, Chancengleichheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie aktives Mitwirken am öffentlichen Leben. Die Staaten sollten Bedingungen schaffen, die es den Angehörigen nationaler Minderheiten ermöglichen, ihre Kultur unter gleichzeitiger Beibehaltung ihrer Religion, Traditionen und Bräuche weiterzuentwickeln.«

Das heißt aber noch nicht, dass die europäischen Nationen nun schon in einer einzigen Nation aufgegangen sind. »Die europäischen Nationen«, schreibt der Historiker Hagen Schulze, »... erweisen sich in der Gegenwart als lebendige kulturelle und geistige Wesen, mehr noch: als Ausdruck jener Vielfalt, ohne die Europa sein Wesen verlieren müsste... Wenn es eine Lehre gibt, die sich aus den zahlreichen Fehlschlägen der europäischen Einigungsbemühungen herauskristallisiert, so die, dass die europäische Einigung nur mit, nicht gegen die Nationen und ihre legitimen Eigenheiten vor sich gehen kann ...

Im Laufe von tausend Jahren haben wir Europäer uns an unsere alten Staaten und Nationen gewöhnt; sie werden noch lange da sein, und sie werden gebraucht. Aber sie haben sich in der Vergangenheit immer wieder verwandelt, und auch künftig werden sie sich verändern; allmählich können sie verblassen und zurücktreten, um Platz zu machen für eine Nation Europa, deren Gestalt wir heute nur undeutlich ahnen.«

Dem ist nichts hinzuzufügen. Die Frage nach der Zukunft der Nation beantwortet sich dahin gehend, dass ihre Zeit noch nicht abgelaufen ist. Die Nation wird uns auch im 21. Jahrhundert begleiten - im glücklichen Falle als zivilisierte, auf Toleranz und Gerechtigkeit gegründete Gemeinschaft mündiger Bürger.

Prof. Dr. Peter Alter

(c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2007